

VEREINSSATZUNG

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

§ 1 Nr. 1

Der Verein führt den Namen „Erbse und Johanna“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt dann den Zusatz „e. V.“

§ 1 Nr. 2

Er hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins.

§ 1 Nr. 3

Der Verein hat seinen Sitz in Oberschleißheim.

§ 1 Nr. 4

Der Verein ist politisch, ethnisch und konfessionell neutral.

§ 1 Nr. 5

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 1 Nr. 6

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

§ 2 Zweck des Vereins

§ 2 Nr. 1

Zweck des Vereins ist die Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe nach § 52 Absatz 2 Ziffer 7 der Abgabenordnung mit Bezug auf Fehl- und Totgeburten, sowie die selbstlose Förderung von hilfsbedürftigen Personen i. S. des § 53 Ziffer 1 der Abgabenordnung durch Unterstützung und Beratung bei Verlust eines Kindes durch Fehlgeburt, Totgeburt, einem medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruch oder dem Tod eines Neugeborenen. Dies gilt für Beerdigungssituationen, akute Verlustsituationen, die vielfältige Begleitung bei der Trauerarbeit, Vermittlung von Ansprechpartnern, sowie die dazugehörige Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Information von Außenstehenden. Ebenso zählt die Förderung der Unterhaltung und Pflege von Friedhöfen und die Förderung der Unterhaltung von Gedenkstätten für nichtbestattungspflichtige Kinder und Föten nach § 52 Absatz 2 Ziffer 26 der Abgabenordnung zum Zweck des Vereins.

§ 2 Nr. 2

Ebenso möchte sich der Verein als Förderverein i.S. des § 58 Ziffer 1 der Abgabenordnung betätigen; durch die inhaltliche und finanzielle Förderung steuerbegünstigter Körperschaften oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts die im Bereich Fehlgeburt, Totgeburt, einem medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruch oder dem Tod eines Neugeborenen

- a) forschend oder wissenschaftlich
- b) bildend oder
- c) in der Unterhaltung von Gedenkstätten für nichtbestattungspflichtige Kinder und Föten tätig sind.

§ 2 Nr. 3

Das Angebot richtet sich an Betroffene aus Oberschleißheim und Umgebung (z.B. LK München, Dachau, LK Dachau und LK Freising)

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- a) Leitung der Selbsthilfegruppe Sternenkind Schleißheim, die Betroffene in der akuten Verlustsituation berät und begleitet sowie einen Raum für Austausch mit weiteren Betroffenen schafft. Des Weiteren vielfältige Begleitung während des Trauerprozesses (z.B. in Form von kreativen Angeboten). Zusätzlich richtet sich die Unterstützung und Beratung auch an betroffene Angehörige
- b) Finanzielle und inhaltliche Förderung der Erforschung und Entwicklung von Informations- und Betreuungskonzepten für Betroffene
- c) Förderung der Wissenschaft durch Unterstützung, Koordination und Durchführung von Projekten zur Fortbildung von Personen, die im beruflichen oder privaten Kontext mit Betroffenen von Fehl- und Totgeburten zu tun haben, durch Vorträge, Zurverfügungstellung von Informationen und Schulungen
- d) Unterstützung, Koordination und Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen im Bereich Informations- und Unterstützungsangebote für Betroffene
- e) Finanzierung, inhaltliche Förderung, Koordination und Durchführung wissenschaftlicher Projekte zum gesellschaftlichen Umgang und zur Sensibilisierung mit dem Thema Fehlgeburt und Totgeburt
- f) Ideeller und finanzieller Aufbau, Leitung und Unterstützung von weiteren Selbsthilfegruppen
- g) Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für die Zwecke des Vereins und deren ehrenamtlich tätigen.
- h) Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gegenüber Sterneneltern durch Gewinnung von Ehrenamtlichen, die bereit sind, sich für Sterneneltern und Sternenkinder zu engagieren. Beispielsweise durch Nähen von Kleidung, Basteln von Andenken, Beratung, Betreuung, Trauerbegleitung oder andere Maßnahmen, die den Eltern oder Kindern zugutekommen.
- i) Errichtung und Pflege (finanzieller Art, sowie durch materielle Tätigkeiten wie Instandhaltung oder Schmückung etc.) von Sternenkindergräbern/ Sternenkindergedenkstätten im Einzugsgebiet des Vereins

§ 2 Nr. 4

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 2 Nr. 5

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins und haben bei ihrem Ausscheiden keinerlei Ansprüche an das Vereinsvermögen.

§ 2 Nr. 6

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 2 Nr. 7

Ehrenamtlich tätige Personen haben nur Anspruch auf Ersatz nachgewiesener Auslagen, Ausnahme gilt für die Zahlung der steuerfreien Ehrenamtszuschale

§ 3 Vereinsmitglieder

Mitglieder können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die die Ziele des Vereins unterstützen.

Wir unterscheiden zwei Mitgliedsformen:

- a) Fördermitgliedschaft: finanzielle Unterstützung des Vereins, kein Stimmrecht. Die Fördermitgliedschaft ist die reguläre Mitgliedschaft.
- b) Aktive Mitgliedschaft: finanzielle oder/und persönliche Unterstützung des Vereins, Stimmrecht

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

§ 4 Nr. 1

Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person und juristische Person werden.

§ 4 Nr. 2

Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Dies bedarf die schriftliche Zustimmung der gesetzlichen Vertreter

§ 4 Nr. 3

Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet abschließend der Vorstand. Im Falle einer Ablehnung, ist der Vorstand nicht verpflichtet, einen Ablehnungsgrund anzugeben.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tod des Mitglieds,
- b) durch freiwilligen Austritt,
- c) durch Streichung von der Mitgliederliste/Ausschluss aus dem Verein, welche durch den Vorstand mehrheitlich beschlossen werden muss
- d) bei juristischen Personen durch deren Auflösung
- e) bei Nichteinhaltung/Nichtbeachtung der Vereinsatzung

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstands. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahrs unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich persönlich zu rechtfertigen. Eine etwaige schriftliche Stellungnahme des Betroffenen ist in der Mitgliederversammlung zu verlesen.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

§ 6 Nr. 1

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrages und dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

§ 7 Nr. 1

Die Teilnahme an Veranstaltungen des Vereins steht den Mitgliedern offen

§ 7 Nr. 2

Die aktiven Mitglieder sind angehalten, den Verein bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen.

§ 7 Nr. 3

Mit Vollendung des 16. Lebensjahrs sind alle aktiven Mitglieder stimmberechtigt. Mit Vollendung des 18. Lebensjahrs besitzen alle aktiven Mitglieder das passive Wahlrecht.

§ 8 Organe des Vereins

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 9 Der Vorstand

§ 9 Nr. 1

Der Vorstand i. S. d. § 26 BGB besteht aus

- a) dem 1. Vorsitzenden
- b) dem 2. Vorsitzenden
- c) dem Kassenwart

§ 9 Nr. 2

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich sowie grundsätzlich umfassend und unbeschränkt durch den Vorstand vertreten. Die Vertretung erfolgt jeweils durch zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinschaftlich.

§ 9 Nr. 3

Vorstandsmitglieder können nur aktive Mitglieder des Vereins werden.

§ 9 Nr. 4

Eine mehrfache Wiederbestellung des Vorstands ist zulässig

§ 9 Nr. 5

Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 9 Nr. 6

Alle Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Der Vorstand kann entscheiden, dass Tätigkeiten wie die Vorstandsarbeit, die Leitung der Selbsthilfegruppen und die Akutbegleitungen für ihren Arbeits- und/oder Zeitaufwand eine pauschale Vergütung erhalten können oder deren Tätigkeit entgeltlich im Rahmen eines

Dienstvertrages gem. §9 Nr. 6 dieser Satzung ausgeübt werden kann. Der Umfang der Vergütung darf nicht unangemessen hoch sein. Der Maßstab der Angemessenheit ist die gemeinnützige Zielsetzung des Vereins. Im Regelfall soll die Vergütung auf die in der Bundesrepublik Deutschland gültigen Ehrenamts- und/oder Übungsleiterpauschalen beschränkt sein, sofern nicht besondere Aufwendungen oder ein besonderer Einsatz des ehrenamtlichen Mitglieds eine höhere Vergütung im Einzelfall rechtfertigt. Die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende entscheidet der geschäftsführende Vorstand. Die Zahlung der Vergütungspflicht entfällt jedenfalls mit dem Ende des jeweiligen Amtes.

§ 9 Nr. 7

Der Vorstand ist dazu befugt, hauptamtliche Hilfspersonen im Wege eines Dienstverhältnisses gem. §§ 620 ff. BGB, wie etwa einer Bürokräft, einer Koordinationsunterstützung oder einer vergleichbaren Funktion einzustellen.

§ 10 Amtsdauer des Vorstands

§ 10 Nr. 1

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von fünf Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt.

§ 10 Nr. 2

Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied (aus den Reihen der Vereinsmitglieder) für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

§ 10 Nr. 3

Scheidet ein Mitglied des Vorstandes auf eigenen Wunsch aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied (aus den Reihen der Vereinsmitglieder) für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

§ 11 Beschlussfassung des Vorstands

§ 11 Nr. 1

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom 1. Vorstand oder vom 2. Vorstand schriftlich, fernmündlich oder telegrafisch einberufen werden. In jedem Fall ist eine Einberufungsfrist von drei Tagen einzuhalten. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der 1. Vorstand oder der 2. Vorstand, anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorstandes.

§ 11 Nr. 2

Die Vorstandssitzung leitet der 1. Vorstand, bei dessen Abwesenheit der 2. Vorstand. Die Beschlüsse des Vorstands sind zu Beweis Zwecken zu protokollieren und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben.

§ 11 Nr. 3

Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.

§ 12 Die Mitgliederversammlung

§ 12 Nr. 1

In der Mitgliederversammlung hat jedes anwesende aktive Mitglied eine Stimme. Es kann sich in der Ausübung des Stimmrechts durch eine mit einer schriftlichen Vollmacht ausgewiesenen Person vertreten lassen.

§ 12 Nr. 2

Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des 1. Vorstand den Ausschlag.

§ 12 Nr. 3

Nichtmitglieder, die den Zielen und Zwecken von Erbse & Johanna e.V. besonders verbunden sind, können vom Vorstand zur Mitgliederversammlung geladen werden. Sie nehmen nur beratend teil.

§ 12 Nr. 4

Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

- a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes; Entlastung des Vorstandes
- b) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Jahresbeitrages
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes
- d) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins
- e) Erlass einer Datenschutzordnung
- f) Erlass einer Geschäftsordnung

§ 12 Nr. 5

Die Mitgliederversammlung kann sowohl real als auch virtuell erfolgen. Eine Kombination der Varianten ist ebenfalls zulässig.

§ 13 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen durch schriftliche Benachrichtigung unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Werktag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene postalische oder E-Mail Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

§ 14 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

§ 14 Nr. 1

Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorstand, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorstand oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, wird die Versammlung vertagt.

§ 14 Nr. 2

Die Vorstandschaft bestimmt einen Protokollführer.

§ 14 Nr. 3

Die Art der Abstimmung bestimmt der Vorstand. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

§ 14 Nr. 4

Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Über die Zulassung der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 14 Nr. 5

Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der Erschienen beschlussfähig.

§ 14 Nr. 6

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Zur Änderung der Satzung (einschließlich des Vereinszwecks) ist jedoch eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünftel erforderlich. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 14 Nr. 7

Für die Wahlen gilt folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.

§ 14 Nr. 8

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung anzugeben.

§ 15 Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

§ 15 Nr. 1

Jedes aktive Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über die Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrages ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

§ 15 Nr. 2

Satzungsänderungen, die Auflösung des Vereins, sowie die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern können nur beschlossen werden, wenn die Anträge den Mitgliedern mit der Tagesordnung angekündigt worden sind.

§ 16 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§ 12, 13, 14, und 15 entsprechend.

§ 17 Auflösung des Vereins und Anfallberechtigung

§ 17 Nr. 1

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der im § 14 Nr. 6 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der 1. Vorstand und der 2. Vorstand gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 17 Nr. 2

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks ausschließlicher Verwendung für den gemeinnützigen Zweck der Förderung von Wissenschaft und Forschung mit Bezug auf Fehl- und Totgeburten.

§ 18 Mittel

Zur Erreichung des Vereinszwecks werden insbesondere Mittel aufgebracht durch:

- a) Jährliche Mitgliedsbeiträge, die Höhe wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
- b) Freiwillige Zuwendungen (z. B. Spenden)
- c) Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln

§ 19 Datenschutz, Persönlichkeitsrechte

§ 19 Nr. 1

Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins (gem.§2) werden unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und einschlägiger weiterer Datenschutzbestimmungen personenbezogene Daten der Vereinsmitglieder, der Angestellten und sonstiger für den Verein tätigen Personen unter Einsatz elektronischer Anlagen erhoben, verarbeitet und genutzt.

§ 19 Nr. 2

Allen Mitgliedern und betroffenen Personen wird die " Mitgliederinformation und Datenschutzerklärung gemäß der DS-GVO" in der jeweils geltenden Fassung zur Kenntnisnahme ihrer Rechte und Zustimmung übermittelt.

§ 19 Nr. 3

In Erledigung der satzungsgemäßen Zwecke und Aufgaben des Vereins können mit Einwilligung der Betroffenen personenbezogene Daten und Bildmaterialien auf der Vereinshomepage veröffentlicht werden. Auch ist eine Übermittlung an Print-,

Tele- und sonstige elektronische Medien unter diesen Voraussetzungen zulässig.
Dies gilt insbesondere auch für Ehrungen.

§ 19 Nr. 4

Die Einwilligung ist für die Zukunft jederzeit widerrufbar. In diesem Fall werden Daten und Bildmaterialien des/der Widerrufenden von der Vereinshomepage entfernt und auf künftige Veröffentlichungen bzw. Übermittlungen verzichtet.

§ 19 Nr. 5

Die Weitergabe von Mitglieder- und Teilnehmerlisten an Mitglieder oder Beteiligte ist nur mit Einwilligung aller jeweils Betroffener zulässig.

§ 19 Nr. 6

Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Zwecke und Aufgaben hinausgehende Datenverarbeitung ist dem Verein nur erlaubt, sofern er aus gesetzlichen Gründen hierzu verpflichtet ist. Ein Datenverkauf ist nicht statthaft

§ 20 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Satzung unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt.

Oberschleißheim, Fassung vom 20.07.2024